

Bewußtseins-Notstand

Thesen von 60 Zeitzeugen

Ein optimistisches Lesebuch
herausgegeben von Rolf Italiaander,
mit einem einführenden Beitrag
von Carl Friedrich von Weizsäcker

Droste Verlag

Rainer Zitelmann

Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit

Gegenwart wird immer von den Geschehnissen der Vergangenheit beeinflusst. Aber das Maß, in dem die jüngste deutsche Geschichte – die Jahre 1933 bis 1945 – die bundesdeutsche Gegenwart prägt, ist ungewöhnlich. Es geht hier nicht um die gravierenden weltpolitischen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges, um die Teilung Deutschlands und Europas, sondern um das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit.

Klagen die einen über die angeblich versäumte „Vergangenheitsbewältigung“, fordern andere, es müsse endlich ein „Schlußstrich“ gezogen werden. Legt man die Anzahl der Fernseh- und Rundfunksendungen, die Flut der Zeitungs- und Illustriertenartikel, der Bücher und Aufsätze über den Nationalsozialismus zugrunde, so mutet die Klage über die „ausgebliebene Vergangenheitsbewältigung“ geradezu absurd an. Wahrscheinlich hat sich selten ein Volk so intensiv mit seiner jüngsten Geschichte auseinandergesetzt wie die Westdeutschen nach 1945. Streiten kann man allerdings über die Art und Weise und die Ergebnisse dieser Beschäftigung mit der NS-Zeit. Manche derjenigen, die für einen „Schlußstrich“ plädieren, meinen vermutlich nicht, daß künftig über die Zeit der braunen Diktatur geschwiegen werden solle. Unmut ruft wohl weniger die Häufigkeit der Thematisierung der NS-Zeit, sondern vielmehr die Form hervor, in der man sich dieses Themas annimmt. Eine Anfang 1989 durchge-

Rainer Zitelmann, geb. 1957, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Darmstadt, Dr. phil. Seit 1987 Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin. V. u. a.: „Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs“, „Adolf Hitler. Eine politische Biographie“, „Die braune Elite. 22 biographische Skizzen“ (Mithrsg.).

fürte Umfrage ergab, daß fast die Hälfte (46 %) der über 60jährigen in der BRD – also jener, die die NS-Zeit zumindest als Jugendliche miterlebt haben – der Meinung sind, das Dritte Reich werde im Schulunterricht zu negativ dargestellt. Diese Ansicht wird immerhin von einem Drittel aller Bundesbürger geteilt. Und 69 % der Befragten sprechen sich dafür aus, einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen.¹ „Ewiggestrige“? „Unbelehrbare“? „Nazis?“ Statt sofort in solche griffigen – oftmals diffamierenden – Bezeichnungen zu flüchten, sollte man die Probleme, die diese Menschen mit den vorherrschenden Formen der „Vergangenheitsbewältigung“ haben, ernst nehmen.

Die Realität des Dritten Reiches war höchst widersprüchlich, und viele Menschen, die diese Zeit miterlebten, haben den Eindruck, daß diese Widersprüchlichkeit heute nicht mehr in ausreichendem Maße wahrgenommen und nachvollzogen werde. Für einen Teil des deutschen Volkes bedeutete die Diktatur Entrechtung, Verfolgung, Terror, ja Vernichtung. Betroffen waren Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, „Asoziale“, „Arbeitsscheue“, Behinderte, sogenannte „rassisch Minderwertige“, politisch Andersdenkende, Nonkonformisten. Andererseits bedeutete der Nationalsozialismus aber zugleich: Vermehrte Aufstiegschancen für sozial benachteiligte Gruppen, sozialpolitische Fortschritte für breite Schichten der Bevölkerung, erstaunliche Erfolge in der Wirtschafts- wie in der Außenpolitik. Diese – propagandistisch noch überhöhten – Erfolge Hitlers bildeten die Basis seiner ungeheuren Popularität. Der Nationalsozialismus war nicht einfach nur die Alleinherrschaft eines Mannes, vor allem nicht die Diktatur einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit. Denn trotz mancher Kritik und Unzufriedenheit billigte die Mehrheit der Deutschen zweifellos Hitlers Herrschaft.

So ist es verständlich, daß man nach dem Ende des Krieges von einer „Kollektivschuld“ der Deutschen sprach. Viele Deutsche wehrten sich gegen diese Anklage. Sie verwiesen erstens – zu Recht – darauf, daß man vieles nicht gewußt, daß man etwa über die in Auschwitz begangenen Greuelthaten erst nach 1945 erfahren habe. Das waren in den meisten Fällen zunächst keine „billigen Ausreden“, auch wenn dies heute oft von den Nachgeborenen leichtfertig

¹ Ergebnisse der Emnid-Umfrage wurden veröffentlicht in: Der Spiegel Nr.15, 10. 4. 1989, S. 150–160.

unterstellt wird. Sicherlich: Jeder konnte von der Existenz der Konzentrationslager wissen, und die „Maßnahmen“ gegen die Juden wie z. B. die Boykottaktion des 1. April 1933 oder auch die „Reichskristallnacht“ spielten sich keineswegs im Verborgenen ab. Der systematische Massenmord an den Juden, das eigentlich singuläre Verbrechen, war jedoch nur einer Minderheit bekannt. Nicht umsonst und nicht ohne Erfolg bemühten sich Himmler und seine Schergen um eine Geheimhaltung des Juden-Massenmordes. Die Beteuerung, von diesen Ereignissen nichts gewußt zu haben, entsprach in vielen Fällen durchaus der Wahrheit.

Ein zweiter Einwand gegen die „Kollektivschuld“-Anklage lautete, schließlich habe es nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerstand gegeben. Historiker bemühten sich, das „andere Deutschland“ in Erinnerung zu bringen – jene, die nicht jubelten, sondern sich der braunen Diktatur entgegengestemmt hatten. Daß es nicht mehr waren, die Widerstand geleistet hatten, schien ganz natürlich: Schließlich herrschte in jenen Jahren eine Diktatur, in der eine oppositionelle Haltung oft lebensgefährlich war – und mutige Menschen sind naturgemäß immer in der Minderheit.

Hier begann man nun, die geschichtliche Wahrheit umzubiegen. Denn obwohl es auch Widerstand gab, so folgte doch die überwältigende Mehrheit der Deutschen freiwillig, nicht aus Zwang ihrem „Führer“. Verständlich, daß sich unter dem materiellen und moralischen Druck der „Entnazifizierung“ viele als „Widerstandskämpfer“ ausgaben, die es nie waren. Ganz normale Alltagskonflikte und selbst persönliche Querelen mit untergeordneten NS-Bonzen wurden zu Widerstandshandlungen umgedeutet. Bald konnte man den Eindruck haben, im Grunde genommen hätte eine kleine Nazi-Clique das deutsche Volk vergewaltigt.

In vielen Darstellungen über die NS-Zeit wurden sehr einseitig die Elemente des Terrors und des Widerstandes hervorgehoben. Man verdrängte, daß die meisten Deutschen zu keinem Zeitpunkt die ständige Furcht vor dem Klopfen an der Tür in den frühen Morgenstunden kannten. Man konzentrierte sich mehr darauf, das Maß der Zustimmung zu Hitler zu relativieren als diese zu erklären und verstehbar zu machen. Das so gezeichnete Bild war falsch, weil einseitig. Viele, die die Zeit miterlebt hatten, konnten die eigenen – oftmals durchaus positiven! – Erinnerungen und jene Darstellungen, in denen nur von den Verbrechen die Rede war, nicht zusammenbringen. Der Zeitgeschichtsschreibung erschien das NS-System als „perma-

nerer Ausnahmezustand“, viele Bürger empfanden das jedoch anders.

Andererseits: Was wogen gegenüber den an Juden und anderen Minderheiten begangenen Greueln sozialpolitische Fortschritte und vermehrte Aufstiegschancen für die „Volksgenossen“? Darf man angesichts der Leiden der Opfer überhaupt von jenen Seiten der Wirklichkeit sprechen, die viele Menschen als positiv empfunden haben?

Daß man – so der Eindruck vieler – von jenen Seiten zu wenig sprach, erhöhte nicht die Glaubwürdigkeit der „Vergangenheitsbewältigung“. Ja, viele hatten bald den Eindruck, daß man von diesen „anderen Seiten“ der Wirklichkeit gar nicht sprechen dürfte, ohne in den Verdacht zu geraten, bestenfalls ein „Ewiggestriger“, vielleicht aber sogar ein „Neonazi“ zu sein. Jene Erlebnisse, die sich mit den gängigen Darstellungen der NS-Zeit nur schwer in Übereinstimmung bringen ließen, wurden Thema von „Stammtischgesprächen“, wurden aus dem öffentlichen Diskurs weitgehend ausgefällt. Aufgegriffen wurden sie allerdings gerne von rechtsextremistischen Kräften, die die Einseitigkeit des vorherrschenden Bildes als Vorwand nahmen, ein ebenso einseitiges Gegenbild zu zeichnen.

Ein Dialog zwischen den Generationen fand kaum statt. Die Psychologin Eva Sternheim-Peters schreibt in ihren autobiographischen Erinnerungen², sie habe – so wie viele andere Kinder – ihrem Vater in der NS-Zeit vorgeworfen, daß er kein „alter Kämpfer“ gewesen sei, daß er also nicht schon vor 1933 auf der „richtigen Seite“ für die „nationale Revolution“ gekämpft habe. Die Entschuldigung des Vaters, er habe damals ja schon eine Familie zu ernähren gehabt, überzeugte die Heranwachsende nicht. Sie hatte in der Schule gelernt, daß die Zeit vor 1933 – die Epoche, in der die „Novemberverbrecher“ geherrscht hatten – von Chaos, Not, Elend, Inflation, Arbeitslosigkeit, Ehrlosigkeit, Unfreiheit, kultureller Entartung, außenpolitischer Demütigung, Parteienwirrwarr und Ausverkauf deutscher Interessen gezeichnet gewesen sei. Sternheim-Peters weist auf den selten beachteten Umstand hin, daß ihrer Generation zweimal eine Verdammung der gerade erst zurückliegenden Geschichtsepochen abverlangt worden sei. Und sie sieht durchaus Parallelen zwischen ihrer vorwurfsvollen Frage an den Vater, warum er – wenn

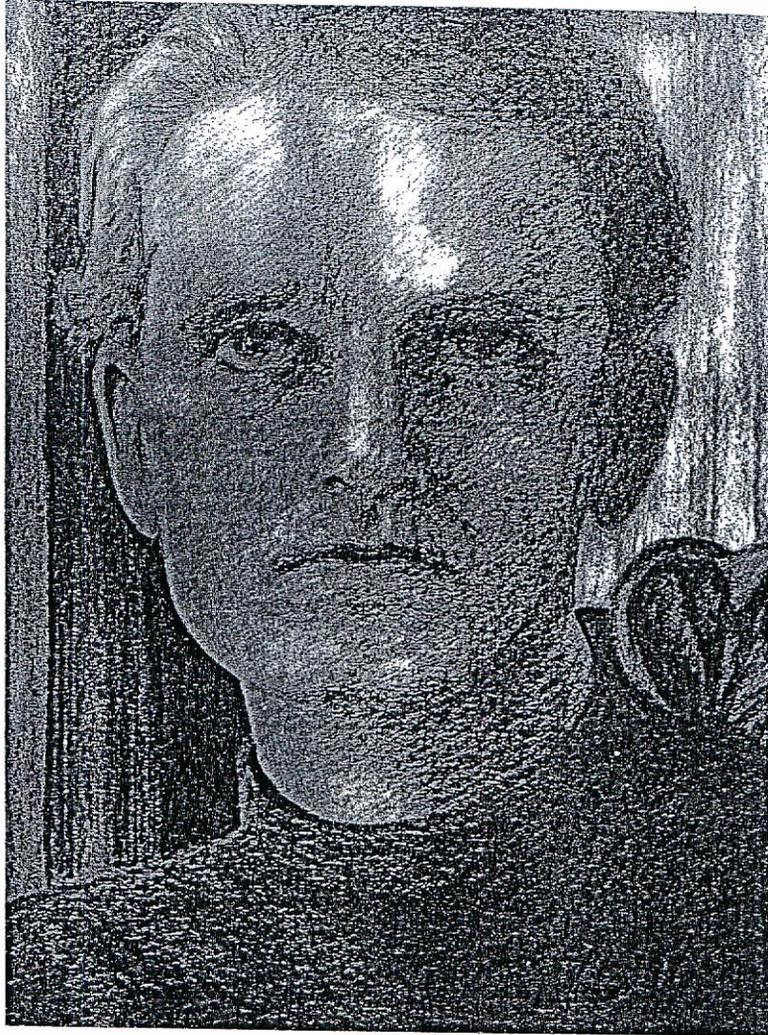
² Eva Sternheim-Peters, *Die Zeit der großen Täuschungen. Mädchenleben im Faschismus*, Bielefeld 1987, S. 280 ff.

schon kein ‚alter Kämpfer‘ – nicht wenigstens bei der Verteidigung des Baltikums dabeigewesen sei, und der Haltung der Nachkriegsjahrgänge, die ihren Eltern vorhielten, während der NS-Zeit keine Widerstandskämpfer gewesen zu sein. Statt Fragen an die Eltern und Großeltern zu richten, traktierte man sie mit Vorwürfen. Fragen waren meist rhetorischer Art: „Wie konntet ihr nur...?“, „Warum habt ihr nicht...?“ Den Beschuldigten blieben nur zwei Reaktionen: zu schweigen oder sich weiterhin in einer Verteidigungsstrategie zu verkrampen. Die Stichworte dieser Strategie sind hinlänglich bekannt: Hitler habe die Autobahnen gebaut und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Die unerbittlichen „Mahner“ ließen dies auch nicht gelten: Die Autobahnen, so hieß es, seien aus militärischen Gründen gebaut worden, sie hätten im Dienste der Kriegsvorbereitung gestanden. Und die Arbeitslosigkeit habe nur durch eine gigantische Aufrüstungspolitik beseitigt werden können. Die erste Gegenbehauptung ist übrigens historisch nachweislich falsch, die zweite nur sehr bedingt zutreffend und in dieser pauschalen Form ebenfalls unrichtig.

Das Verhalten jener, die es vorzogen, sich von diesem „Dialog“ abzukoppeln und zu schweigen, wurde aber ebenfalls nicht akzeptiert. Rasch war man mit dem Vorwurf zur Stelle, hier solle etwas bewußt verschwiegen werden, worin eine zweite Schuld begründet liege. Also reagierte man mit einer Intensivierung der antifaschistischen Aufklärungsarbeit. Ende der 80er Jahre hat die „Vergangenheitsbewältigung“ einen Höhepunkt erreicht. Anlässe wie der Jahrestag der Novemberpogrome werden zum „Gedenkrummel“ (Michael Wolffsohn), zum nationalen Medienereignis.

Trauer, eine sehr individuelle und auf gar keinen Fall erzwingbare Reaktion, wird verordnet. Selbsternannte Zensoren vergeben Noten für ausreichendes oder mangelhaftes „Betroffensein“. Betroffenheit verkommt zur öffentlichen Pflichtübung. Wer sich ausschließt, gilt als unsensibel. Ist man sich nicht der Gefahr bewußt, wirkliche Betroffenheit hiermit zu zerstören? Reflektiert die Forderung nach einem „Schlußstrich“ wirklich nur mangelnde Lernfähigkeit und unzureichendes moralisches Empfinden? Oder ist sie nicht auch eine verständliche Reaktion auf die herrschenden Formen ritualisierter Vergangenheitsbewältigung?

Philipp Jenninger versuchte in seiner Gedenkrede zum Jahrestag der Novemberpogrome ein Stück Aufklärung zu leisten, jenseits stereotyper Floskeln und unverbindlicher Bekenntnisse des „Abscheus“. Aufklärung darüber, wie es dazu kommen konnte, daß so



Die Geschwister Sophie und Hans Scholl waren Studenten, als sie in der Münchener Universität gegen das Regime Hitlers protestierten. Sie wurden 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.



Sophie Scholl

viele Deutsche Hitler zujubelten. Seine Rede fand die Zustimmung sehr vieler Menschen, die Leserbriefspalten in den führenden deutschen Tages- und Wochenzeitungen demonstrierten dies eindrücklich. Jenninger mußte zurücktreten. Die öffentliche und die veröffentlichte Meinung (erste von letzterer nicht ohne einen Anflug von Arroganz als „Stammtischgerede“ denunziert) klafften weit auseinander. Jenninger hatte nicht unrecht, wenn er konstatierte, man könne eben manche Dinge in Deutschland nicht sagen. Diesen Eindruck hatten keineswegs nur „Ewiggestrige“. Ein kritischer Linker kommentierte den Jenninger-Eklat so: „Links wie rechts blieben die Begründungen, warum der Mann zurücktreten mußte, unklar und widersprüchlich. Mehr als das heftige Gestikulieren der Abgeordneten, die bei seiner Rede den Bundestag verlassen haben, kam auch in den Zeitungskomentaren nicht heraus. Das hat einen einfachen Grund: Er hat nichts gravierend Falsches gesagt. Er hat statt dessen gegen den ebenso komplexen wie ungeschriebenen Knigge des braven Antifaschismus verstoßen.“³

Diejenigen, deren Profession die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist – die Historiker – befinden sich seit Jahren in einem heftigen Streit darüber, in welcher Form sich die Geschichtswissenschaft mit der NS-Zeit auseinandersetzen solle. Schon bevor der sogenannte „Historikerstreit“ begann, forderte ein führender Vertreter der „Zunft“, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Martin Broszat, eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus. Die „Normalisierung“ unseres Geschichtsbewußtseins, so argumentierte er, könne auf die Dauer die NS-Zeit nicht aussparen, könne nicht nur „um sie herum erfolgen“. Auch die Pauschaldistanzierung von der NS-Vergangenheit sei noch eine Form der „Verdrängung und Tabuisierung“⁴. Besonders auf jüngere Kollegen – der Verfasser schließt sich hier ein – wirkte Broszats Plädoyer für eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus befreiend.

Natürlich hat die Geschichtsforschung ungemein viel zur Aufarbeitung der NS-Zeit beigetragen. Ihre Verdienste sollen nicht geschmälert werden. Aber auch die Defizite und Versäumnisse sind allzu deutlich. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, es

³ Bernd Ulrich, Die Wahrheit im Gewand der Repression. Zur tiefgreifenden Krise des Antifaschismus, in: Kommune 4/1989.

⁴ Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur Nr. 39 (1985), S. 373–385, hier 384f.

gehe weniger um historische Aufklärung, als vielmehr um – mit Eifer vorgetragene – Anklage. Schon die Sprache vieler Abhandlungen über die NS-Zeit, die mit negativ-wertenden Attributen überfrachtet sind, muß bei einem kritischen Leser Mißtrauen im Hinblick auf die Abgewogenheit der Aussagen und die Korrektheit des historischen Bildes erzeugen. Möglicherweise wird die herrschende Form der sprachlichen Darstellung in vielen Büchern über das Dritte Reich als manipulativ empfunden. Die Beliebtheit höchst problematischer „revisionistischer“ Werke über das Dritte Reich oder gar rechtsextremistischer Darstellungen könnte auch als – freilich ungewollte – Reaktion darauf verstanden werden.

Solch ungewollte Reaktionen werden noch verstärkt, wenn sich manche Historiker in „volkspädagogisch“ gutgemeinter, wissenschaftlich aber höchst fragwürdiger Weise mit dem Thema befassen. Als besonders bedenkliches Beispiel sei hier die Kontroverse um die Urheberschaft des Reichstagsbrandes genannt. Eine – für sich genommen – eher unwichtige Frage, denn ob nun die Nationalsozialisten den Reichstag selbst angezündet haben oder nur die Tat eines anderen nutzten, um ihre Diktatur zu errichten, ist für die moralische Beurteilung des Nationalsozialismus unerheblich. Aber welche Folgen für das Urteil über die Geschichtswissenschaft hat es, wenn selbst ein angesehenener Historiker wie Walther Hofer mit gefälschten Dokumenten belegen will, daß es doch die „Nazis“ gewesen seien, und dies u. a. wie folgt begründet: „Wenn nämlich bewiesen werden könnte, daß die Nationalsozialisten zu Unrecht verdächtigt werden, den Reichstagsbrand inszeniert zu haben, so könnte versucht werden, den gleichen ‚Beweis‘ auch für die anderen Verbrechen [...] zu erbringen.“⁵

Charakteristisch für den sogenannten „Historikerstreit“, der im Sommer 1986 durch Beiträge von Ernst Nolte und Jürgen Habermas ausgelöst wurde, war der moralisierende Vorwurf einer „Verharmlosung“ des Nationalsozialismus. Statt sachlich – im Lichte der Quellen – die zur Debatte stehenden Streitfragen zu erörtern, wurden „neokonservative“ Historiker von „aufgeklärten“ Linken der „Apologie“ bezichtigt. Dabei wußte im Grunde genommen jeder Beteiligte,

⁵ Zitiert nach: Wolfgang Malanowski, „Die Bude hätte an allen Ecken brennen sollen“, in: Der Spiegel Nr. 16/1986, 99. Zu den Fälschungen zuletzt: Eckhard Jesse, Die Kontroverse zum Reichstagsbrand – ein nicht endender Wissenschaftsskandal, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 513–533.

daß es den angegriffenen Historikern keineswegs um eine Apologie des NS-Systems ging. Rudolf Augstein nannte den Historiker Andreas Hillgruber einen „konstitutionellen Nazi“ und denunzierte dessen Kollegen Ernst Nolte als den Erfinder einer „neuen Auschwitz-Lüge“. Augstein erhielt dafür sogar den Beifall des renommierten Historikers Hans-Ulrich Wehler.

Historiker wie Nolte, Hillgruber, Horst Möller und Klaus Hildebrand hatten von „Frageverboten“ und Tabus in der NS-Forschung gesprochen, damit aber selbst ein Tabu gebrochen. Zum Tabu gehört es, dieses für eine Einbildung zu halten. Freilich, wer Tabus nicht antastet, merkt vielleicht nichts von ihrer Existenz. Wer nur in vorgeschriebenen Bahnen fragt, merkt nichts von der Existenz der Frageverbote.

Nicht nur im Streit unter Historikern gehört es zum beliebten Mittel der Diffamierung des Kontrahenten, ihm eine gewisse Nähe zu „neonazistischen“ Positionen zu unterstellen. Auch die politische Auseinandersetzung wird immer wieder mit – manchmal geradezu absurden – Analogien zur NS-Zeit geführt. Ob es um die Asylantenproblematik, die „Sterbehilfe“, die Abtreibung, die Volkszählung oder die Probleme der Gentechnologie geht: Analogien zur NS-Zeit sind schnell bei der Hand. Es gibt nur wenige Politiker, die sich der Versuchung entziehen, sich dieses – wirklich oder vermeintlich immer noch wirksamen – „Schlage-tot“-Arguments in der politischen Auseinandersetzung zu bedienen. Klaus von Dohnanyi konstatiert zu Recht: „Es ist, als sähen wir die Gegenwart noch immer zunächst im Rückspiegel der schrecklichen 12 Jahre . . . Mit dem Hinweis auf Nazis und Hitler werden heute Themen tabuisiert und Fragen abgeschnitten, denen sich eine demokratische Gesellschaft unbefangen stellen muß, wenn sie produktiv sein will . . . Immer wieder legen wir die Erinnerung an Hitler und die Nazizeit als Meßlatte an heutige Fragen, obwohl diese nichts miteinander zu tun haben.“⁶ Es würde keinen Verlust für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bedeuten, könnten sich mehr Politiker dazu entschließen, künftig auf absurde „Nazi-Analogien“ zu verzichten. Und es wäre ein Zeichen für die Reife der Demokratie, wenn es gelänge, von der Pauschal дистанzierung zu einer differenzierteren Betrachtung der jüngsten deutschen Geschichte zu gelangen.

Ein weniger verkrampfter Umgang mit der NS-Zeit mag politische

⁶ Hitlers Schatten, in: Spiegel Spezial II/1989, 100 Jahre Hitler, S. 56 ff.

Unwägbarkeiten in sich bergen. Aber auch die herrschende ritualisierte Vergangenheitsbewältigung bringt Risiken mit sich. Lehrer berichten, daß „antifaschistischer“ Unterricht über den Nationalsozialismus manchmal zu paradoxen Resultaten führt. So heißt es in einem von der GEW-Berlin herausgegebenen Band über antifaschistische Erziehung in der Schule, „daß in verschiedenen Klassen nach der Behandlung der NS-Zeit im Unterricht profaschistische Schmiere-reien zugenommen hatten“⁷. Im Extremfall kann gut gemeinter „antifaschistischer Gesinnungsunterricht“ die Ausbildung einer rechts-extremistischen Gesinnung befördern.

Heute ist in der Bundesrepublik Deutschland eine widersprüchliche Entwicklung zu beobachten: Betroffenheitsrituale und antifaschistischer Bekenntniseifer steigern sich fast bis zur Hysterie, Forderungen nach unerbittlicher Abrechnung mit dem Nationalsozialismus überschlagen sich, Unduldsamkeit – insofern sie sich gegen wirkliche oder meist nur vermeintliche „Neonazis“ richtet – wird zur moralischen Tugend umgedeutet, der Faschismus-Verdacht ist allgegenwärtig. Indem diese Fehlentwicklung ihren Kulminationspunkt erreicht, fördert sie aber Gegenteiligkeiten. Es gibt Anzeichen, daß quer durch die politischen Lager ein Umdenkungsprozeß beginnt.

⁷ GEW-Berlin (Hrsg.), Wider das Vergessen. Antifaschistische Erziehung in der Schule. Erfahrungen, Projekte, Anregungen, Frankfurt 1981, S. 37.